

Lesben und Schwule bei der Polizei



Ein gewisses Unwohlsein

Im Vorfeld des Kongresses ist die Rede davon, dass der Besuch in München mit einem gewissen „Unwohlsein“ verbunden sei. Warum?

Das liegt primär an der politischen Ausrichtung des katholisch-konservativen Landes Bayern. Man merkt, dass vertrauensbildende Maßnahmen zwischen der schwulen Szene und der Polizei hier noch nicht so weit fortgeschritten sind: Am Infostand bei einem Münchner Straßenfest haben mir eine Menge Schwule Strafanzeigen überreicht, die den Weg zur Polizei scheuten, bei mir aber ihre Beschwerden loswerden wollten. In den letzten Jahren ist allerdings auch in Bayern vieles besser geworden.

Einen Verband für Lesben und Schwule bei der Polizei gibt es seit 14 Jahren. Hat eure Arbeit Sichtbares bewirkt?

In Deutschland existiert diesbezüglich ein Nord-Süd-Gefälle. Berlin zum Beispiel war federführend: Hier wurde als erste eine feste Stelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen eingerichtet. Im Süden hat der Einfluss der CSU und der Kirche ähnliches bislang verhindert. So gab es zum Beispiel im Stuttgarter Landtag ein klares Nein zu einem entsprechenden Antrag. Und bei der Münchner Polizei gibt es zwar einen generellen Ansprechpartner für Prävention und Opferschutz – allzu „homospezifisch“ ist diese Stelle allerdings nicht.

Wie schwer ist es, sich bei der Polizei als schwul oder lesbisch zu outen?

In der Großstadt ist es sicher einfacher als auf dem Land. Die Zurückhaltung im Umgang mit Schwulen und Lesben hat auch mit unserer Geschichte zu tun: Bis Ende der Sechzigerjahre konnte Homosexualität nach dem Landesbeamten gesetz zur Kündigung führen, da es dem Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit schaden würde. Bis 1994 war die Polizei verpflichtet, Straftaten nach §175 zu bekämpfen. Wen die Polizei früher verfolgte, sitzt heute quasi als Kollege auf dem Beifahrersitz. Da braucht es wohl noch Zeit, bis sich manche Einstellungen ändern. Allgemein ist es übrigens so, dass Männer größere Probleme haben als Frauen, ihnen gegenüber sind die Vorurteile geringer.

Am CSD-Wochenende trifft sich der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter (VelsPol) Deutschland zu seinem diesjährigen Bundeskongress in München. Neben dem kollegialen Austausch soll eine Landesgruppe Bayern gegründet werden. Außerdem will der Verband die Gelegenheit nutzen, mit der CSD-Parade gezielt an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir sprachen mit Bundessprecher Thomas Ulmer (46) über die Schwierigkeiten eines Outings bei der Polizei.

Wie verlief dein eigenes Coming-out bei der Polizei?

Ich bin seit 1982 bei der Polizei und habe mir anfänglich keine Gedanken gemacht, habe meinen Freund zu großen Veranstaltungen mitgenommen, allerdings nicht zu internen Feiern. Nach seinem Tod outete ich mich offiziell, weil ich wollte, dass sich der Arbeitgeber auch um mich kümmert, wie er es beim Todesfall einer Ehefrau auch getan hätte. Und es war eine gute Erfahrung. Hinterher dachte ich mir: Hättest du das mal früher gemacht, da wäre dir vieles erspart geblieben.

Ein Flyer der Gewerkschaft der Polizei empfiehlt ein frühes Coming-out in der Dienststelle – ein guter Plan?

Mein Tipp an Kollegen lautet: Wertet damit, bis ihr 27 Jahre alt seid, dann seid ihr nicht mehr kündbar. Generell sollte man sich erstmal in der Dienststelle zeigen, sich dort integrieren und seine Leistung bringen. Wenn der Zeitpunkt geeignet ist, kann ein Coming-out stattfinden – dabei sollte man übrigens seine Vorgesetzten einbinden und in Pflicht nehmen.

Müssen Lesben und Schwule bei der Polizei mit Karrierehindernissen rechnen?

Es gibt Lesben und Schwule in allen Hierarchieebenen, allerdings wird es in den oberen Dienstgraden dünner. Das liegt an den Auswahlkriterien, die auch die Lebensform einschließen. Hier kann offen Homosexuellen die Karriere schwer gemacht werden, weil es Vorgesetzte gibt, denen diese Lebensform nicht als moralisch integer erscheint.

Was kann ein/e homosexuelle/r Polizist/in seinem Arbeitgeber bitten?

Der Arbeitgeber kann die spezifische Szenekennnis dieser Kolleginnen nutzen. Lesben und Schwule können gerade im Szeneumfeld anders fragen, und ihnen wird dort mehr Vertrauen entgegengebracht. So können sie für eine höhere Aufklärungsquote sorgen.

Interview: Bernd Müller

Mehr Infos: www.velspol.de



Liebe Kolleginnen und Kollegen



Ich bedanke mich bei all unseren Mitgliedern, die uns in „guten und in schlechten Zeiten“ die Treue halten. Das Vertrauen in die DPolG, das Sie uns entgegenbringen, wird uns auch weiterhin Ansporn und Verpflichtung sein, unser Bestes zu geben.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen frohe und erholsame Festtage, alles Gute im neuen Jahr, in der Hoffnung, dass viele Ihrer persönlichen

und unserer gemeinsamen Wünsche in Erfüllung gehen werden.

Ein ganz besonderer Gruß gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die an den Feiertagen für unser aller Sicherheit unterwegs sind.

Ihr/Euer

Joachim Lautensack, Landesvorsitzender

Tarifrunde 2009: Jetzt sind die Beamten und die Tarifbeschäftigte an der Reihe

Auch zum Jahresende fließen immer noch die üppigen Steuereinnahmen in die Landeskasse. Noch. Im Zuge der Bankenkrise und des Milliarden-Rettungspakets der Bundesregierung unter Beteiligung der Länder stürzen ganze Wirtschafts- und Finanzbereiche in sich zusammen. Viele Luft- und Seifenblasen der Spekulanten sind geplatzt. Sie haben sich so richtig verzockt, zahlen sich aber gegenseitig Boni in Millionenhöhe für ihre Fehlleistungen. Die kleinen Leute haben Sorgen um ihr Erspartes. Die Wirtschaftsweisen sprechen von einer kommenden Rezession. Man könnte aufgrund der

Medienberichterstattung manchmal meinen, es gibt Politiker und Manager, die eine solche Rezession herbeireden wollen, um ausschließlich ihre Renditen weiter zu verbessern.

Gerade wir, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wissen und ahnen, was dies für uns bedeuten kann. Immer wenn es dem Staat und der Wirtschaft – warum auch immer – (vermeintlich) schlecht geht, drohen weitere Sparmaßnahmen, schlechte Tarifabschlüsse, nichts Gutes für die Staatsdiener.

Dieser negative Automatismus darf nicht fortgesetzt werden. Nach drei Jahren überaus großer Bescheidenheit der Beamten und der Tarifbeschäftigte in der Besoldungs- und Lohnentwicklung bei gleichzeitig sprudelnden Steuereinnahmen kann und darf nicht mehr sein, dass wir schon wieder auf Schonkost gesetzt werden. Jetzt sind die Beamten und die öffentlich beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Ländern an der Reihe. Der Beamtenbund Baden-Württemberg und seine Tarifunion haben die Forderung in Höhe von 8 %, mindestens 200 Euro, schon Mitte des Jahres vorgelegt. Der ver.di-Landesbezirk hat ganz aktuell 6 % plus einen Sockelbetrag

von 100 Euro gefordert. Vielleicht ließen sich die ver.di-Funktionäre schon von dem negativen Klima anstecken und sind weit hinter ihren eigenen Forderungen für die Lohnrunde für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen im Jahr 2008 zurückgeblieben. Wie auch immer, diese Forderungen werden nun den Bundestarifkommissionen von ver.di und dbb tarifunion vorgelegt. Von dort aus wird eine Gesamtforderung aufgestellt, aller Voraussicht nach miteinander abgestimmt und an die TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) herangetragen. Die gemeinsamen Verhandlungen beginnen dann im Januar 2009. Den gewerkschaftlichen Verhandlungsführern ist dabei klar, dass ein deutlicher Nachholbedarf besteht und dass die Erwartungshaltung der Mitglieder zu Recht hoch ist. Auf Maßnahmen des Arbeitskampfes werden wir uns dabei einstellen müssen. Und auch die Solidarität von Beamten und Tarifbeschäftigte wird gefordert sein. Die DPolG wird sich auf allen Ebenen und mit Nachdruck dafür einsetzen, dass nach Jahren der Enthaltsamkeit für die öffentlichen Bediensteten seitens unserer Verhandlungsführer ein strammer Kurs gefahren wird. Im Jahr 2009 müssen wir an der Reihe sein.

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger (V.i.S.d.P.)

Schwabenstraße 4

76646 Bruchsal

Telefon (0 72 51) 57 10

E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:

Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart

Telefon (0 71 1) 24 51 41

Telefax (0 71 1) 2 36 10 53

Internet: www.dpolg-bw.de

E-Mail: info@dpolg-bw.de

ISSN 0723-1830



200 Personalräte bei landesweiter Personalrätekonferenz in Wernau

Fortbildung und Meinungsaustausch im Mittelpunkt gewerkschaftspolitischer Unterstützung der Personalratsarbeit



➤ Teilnehmer.

Nahezu 200 Mitglieder der Personalvertretungen aus allen Ebenen der Polizei haben am 23. Oktober in Wernau an der Landespersonalrätekonferenz 2008 der Deutschen Polizeigewerkschaft teilgenommen.

Der Geschäftsführende Landesvorstand hat unter Federführung des Ersten Stellvertreteren Landesvorsitzenden, Ralf Kusterer, erneut ein interessan-

tes und abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, bei dem alle Beschäftigtengruppen und deren Interessen angesprochen wurden.

➤ Das Beschlussverfahren zur rechtlichen Durchsetzung von Beteiligungsrechten

Susanne Hauth, Justiziarin des BBW informierte die Personalräte über dieses Verfahren.



➤ Susanne Hauth, Justiziarin des BBW.



➤ Manfred Riehl, DPOLG-Landes-tarifbeauftragter.

Ausgesuchte Urteile und neueste Rechtsprechung ergänzen dieses Referat.

➤ Neuste Entwicklungen im Tarifrecht

Landestarifbeauftragter Manfred Riehl zeigte die sehr komplexe und schwierige Rechtsmaterie auf und sensibilisierte auch die Beamtenvertreter für die Problematik des Tarifs. Die

DPOLG sieht weiterhin großen Schulungs- und Handlungsbedarf in diesem Bereich.

➤ Der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg

Thomas Ulmer und Karen Seiter vom Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg



➤ Teilnehmer.



➤ Organisator und Referent, Ralf Kusterer.



➤ DPOLG-Arbeitszeitspezialist Dieter Knolmar.



› Thomas Ulmer, VelsPol.



› Axel Klaffke.



› Teilnehmer.

(VelsPol) informierten über ihren Verband, Hilfs- und Unterstützungs möglichkeiten, Probleme gleichgeschlechtlich veranlagter Kolleginnen und Kollegen sowie gesamtpoliti-

sche Betrachtungen des Verbandes.

Vortrag und Respekt für das Engagement des Kollegen und des Verbandes fanden großen Beifall der Personalvertreter.

Zwei Vertreter der Stufenvertretungen, Axel Klaffke (HPR) und Ralf Kusterer (BPR) informierten.

Als Arbeitszeitspezialist der DPolG informierte Dieter

Knolmar über die Entwicklungen im Arbeitszeitbereich, insbesondere über krankheitsbedingten Ausfall von vorgeplantem WSED.

Mitgliederversammlung 2008 des Kreisverbandes Freiburg



› Der Vorstand des Kreisverbandes Freiburg mit dem stellv. Bezirksvorsitzenden und dem stellv. Landesvorsitzenden. (V. l. n. r.): Jürgen Vogler (stellv. Bezirksvorsitzender), Marion Rothmund, Thomas Braun, Patrick Ries, Oliver Klem, Berndt Wittmeier, Martin Schuler und 1. stellv. Landesvorsitzender Ralf Kusterer

Eine große Anzahl von Mitgliedern und Gästen konnte der Kreisvorsitzender Berndt Wittmeier in der Kantine der Polizeidirektion begrüßen und willkommen heißen.

Ein besonderer Willkommensgruß galt Herrn PD Joachim Metzger, der in Vertretung des in Urlaub befindlichen PD-Leiters an der Veranstaltung teilnahm sowie dem Leiter der

Verwaltung, Herrn Peter Wiedensohler. Über 800 Mitglieder sind zwischenzeitlich in dem Kreisverband Freiburg beheimatet. In Vertretung des kurzfristig erkrankten Landesvorsitzenden informierte Ralf Kusterer die Zuhörer über Neuigkeiten in der Polizei und über die Forderungen der DPolG.

Die eigenständige Laufbahn- und Besoldungordnung für die Polizei waren ebenso Thema seiner Ausführungen wie die kommende Dienstrechtsreform und die Umsetzung des sogenannten Talsohlenprogramms. Eine breite Diskussion fügte sich seinen Ausführungen an.

Die Neuwahlen ergaben folgende Ergebnisse: Einstimmig gewählt wurden zum

› Kreisvorsitzender:
Berndt Wittmeier



› Gruppenbild mit den Geehrten Mitgliedern



> Stellv. Kreisvorsitzender:

Thomas Braun

> Geschäftsführer:

Oliver Klem

> Kassier:

Patrick Ries

> Tarifbeauftragter:

Martin Schuler

> Frauenbeauftragte:

Marion Rothmund

> Kassenprüfer:

Roland Zaubitzer und
Martin Fitterer

Eine große Anzahl von Mitgliedern werden in diesem Jahr für langjährige Mitgliedschaft mit der silbernen bzw. goldenen Ehrennadel geehrt.

Auf Seite 8 der Personalnachrichten sind alle Jubilare aufgeführt.



► Einstimmig wurden die Vorstandsmitglieder gewählt

Für das leibliche Wohl sorgte der Kreisverband mit Weißwürsten und Brezeln. Durch eine Spende der HUK-Coburg konnte ein reichhaltiges Ge-

träckesortiment an die Mitglieder ausgegeben werden. Die Gespräche wurden bis in die späten Abendstunden vertieft.

Landestarifkommission tagte

Zu umfangreichen Themenkomplexen hatte Landestarifbeauftragter Manfred Riehl die erweiterte Landestarifkommission nach Stuttgart eingeladen. Neben logistischen Weichenstellungen standen aktuelle Themen aus der Rechtsprechung und die anstehenden Tarifverhandlungen auf der umfangreichen Tagesordnung. Während Sibylle Moos die neuen Organisationsstrukturen für den Tarifbereich innerhalb der DPolG erläuterte, beleuchtete Michael Schöfer aktuelle Urteile hinsichtlich ihrer möglichen Tragweite für den Tarif. Dann berichtete Martin Schuler aus dem HPR mit dem Schwerpunkt „Personal einsparprogramm des Landes“.

In diesem Themenkomplex wurden verschiedene Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Der neu gestaltete und ständig auf aktuellerem Stand befindliche Internet- und Intranetauftritt des Tarifs in der DPolG hat landesweit für Verblüffung gesorgt. Eine aktuellere Informationspolitik für unsere Beschäftigten dürfte derzeit nirgendwo sonst zu finden sein.

Dass dies nur in enger Teamarbeit zu bewerkstelligen ist, konnte eindrucksvoll dargestellt werden. Der Landestarifbeauftragte und sein Stellvertreter gingen dann noch auf die derzeit aktuel-



► Strahlende Gesichter der erweiterten Landestarifkommission in Stuttgart.

len finanziellen Veränderungen im Tarifbereich ein.

Mit dem Novembergehalt bekommen die Tarifbeschäftigte die Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld § 20 TV-L) ausgezahlt. Die Höhe der Auszahlung ist nach Entgeltgruppen gestaffelt.

95 Prozent
für die Entgeltgruppen 1–8

80 Prozent
für die Entgeltgruppen 9–11

50 Prozent
für die Entgeltgruppen 12–13

35 Prozent
für die Entgeltgruppen 14–15

Voraussetzung dafür ist, man muss am 1. Dezember beschäftigt sein. Bemessungsgrundlage ist das durchschnittliche monatli-

che Entgelt der Kalendermonate Juli, August, September (Überstunden und Mehrarbeit, soweit sie nicht im Rahmen des Dienstplans vorgesehen sind, Leistungs zulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien bleiben hierbei unberücksichtigt). 2008 ist die Übergangsphase, die mit der Einführung des TV-L einherging, beendet. Das heißt, es gibt keine Schlechterstellung mehr für Beschäftigte mit Neuverträgen.

Übrigens: Anders als beim BAT gibt es keine Rückzahlungsverpflichtung, wenn man bis zum 31. März des Folgejahres kündigt.

Außerdem wird der Stufenaufstieg aus der individuellen Zwischenstufe in die nächsthöhere Entwicklungsstufe wirksam.

Grundsatz: Wer sich in einer individuellen Zwischenstufe befindet, wird zum 1. November 2008 in die nächsthöhere reguläre Stufe aufsteigen. Auf der Gehaltsmitteilung müsste dann die Stufe z. B. anstatt mit „03+“ mit „04“ angegeben sein. Der finanzielle Unterschied ist individuell und kann durchaus, je nach individueller Zwischenstufe, ein Plus von 5 Euro bis zu einigen 100 Euro ausmachen.

Dagegen steigt nicht auf:

- Wer sich bereits in der persönlichen Endstufe befindet.
- Wer unterdessen höher gruppiert wurde (z. B. durch Bewährungsaufstieg).
- Ehemalige Arbeiter (bei ihnen richtet sich der Stufenaufstieg nach der Beschäftigungszeit, also so, als habe der TV-L schon immer gegolten).

Im Dezember wird dann das Leistungsentgelt (§ 18 TV-L) ausgezahlt, das sind momentan 12 % des September-Gehalts.

Nachdem zum guten Schluss noch die Jahresterminalplanung 2009 entworfen war, endete eine von der Landesgeschäftsstelle bestens organisierte Kommissions tagung. Die Erleichterung, dieses Mammutprogramm abgearbeitet zu haben, war allen Teilnehmern beim Erstellen des Gruppenbildes anzusehen.

Präsidentenwechsel beim Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung 6, Landespolizeidirektion

Eine große Gästechar war gekommen, um bei der Akademie der Polizei diesem Festakt beizuwohnen und die Verdienste des scheidenden Polizeipräsidenten, Dr. Wolfram Haug, zu

würdigen und dem Neuen, Ltd. KD Bernhard Rotzinger, alles Gute zu wünschen. Für die DPolG überbrachten Landesvorsitzender Joachim Lautensack und Bezirksvorsitzender



Bezirksvorsitzender Berndt Wittmeier (li.) und Landesvorsitzender Joachim Lautensack (re.) gratulieren dem neuen Chef der PD Freiburg, Herrn LtdKD Bernhard Rotzinger



LaVo Lautensack wünscht dem Pensionär Dr. Haug alles Gute im verdienten Ruhestand.

Berndt Wittmeier die guten Wünsche für die DPolG. Der Vorsitzende des BPR Freiburg, Jürgen Vogler (DPolG), dankte Dr. Haug für die außerordentlich gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Kritische

Worte richtete er dabei auch an Innenminister Rech, indem er in beachtenswerter Art und Weise die vielfältigen Problemstellungen der Polizei nicht nur im Regierungsbezirk auf den Punkt brachte.

Jürgen Vogler:

Hände weg von der Polizei

Jürgen Vogler, der Vorsitzende des Bezirkspersonalrats der Polizei beim Regierungspräsidium Freiburg, verabschiedete sich mit seiner viel beachteten Ansprache in Anwesenheit des Innenministers und zahlreicher Gäste aus Politik, Polizeiführung, Behörden und Institutionen von seinem bisherigen Chef, Herrn Polizeipräsident Dr. Wolfram Haug. Diesem bescheinigte er eine hohe fachliche Kompetenz und ein überaus vertrauensvolles Miteinander. Den neuen Polizeipräsidenten, Herrn LtdKD Rotzinger, wünschte er eine glückliche Hand bei der Übernahme der überaus schwierigen Amts-



geschäfte. Dabei arbeitete Jürgen Vogler folgende Problemstellungen bei der Polizei heraus, die unsere Arbeit stark belasten.

„Leider hatten und haben wir in letzter Zeit immer mehr Grund

zur Klage: Damit meine ich aber nicht, dass uns die Verwaltungsreform mit dem Wirtschaftskontrolldienst ein schlagkräftiges Instrument zur Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität genommen hat, oder dass mit der Eingliederung der Landespolizedirektion als Abt. 6 in das Regierungspräsidium eine Schwächung der polizeilichen Mittelbehörde vorgenommen worden ist und somit das Ziel, schnellere und schlagkräftigere Strukturen zu erhalten, eindeutig verfehlt wurde.“

Ich meine damit, dass die Polizei an ihrer Leistungsfähigkeit an-

gelangt ist, und jetzt nichts mehr kommen darf, was nicht zum Standard polizeilicher Arbeit gehört. Diese Erkenntnis ist auch die Ihrige, sehr geehrter Herr Innenminister.

Der fortschreitende **Überaltungsprozess** in der Polizei, der beginnende **Abbau von nunmehr 73 Vollzugsstellen** in Südbaden, der weiter **fortschreitende Abbau von Nichtvollzugsstellen**, welcher letztlich auch Polizeibeamte von der Straße holt und mit polizeifreiem Arbeit belastet, und auch ein **enger werdendes Budget**, all das wird uns zwingen, in der polizeilichen Arbeit noch mehr als bisher schon Prioritäten zu setzen.

In den letzten Jahren durchlebten wir beachtliche gesellschaftliche Veränderungen mit enormen Auswirkungen auf Aufga-



benstellung und Anforderungsprofil der Polizei.

Hinzu kommt die Internationalisierung, Globalisierung und Professionalisierung der Kriminalität, die zunehmende Mobilität der Menschen und der rasante technologische Wandel.

Darauf ist sicherheitspolitisch zu reagieren und weitschauend zu agieren. Polizeiliche Strategien sind darauf abzustimmen, die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren, Einsatzkonzepte zu verfassen, Professionalität bei der Polizei zu fördern, den ständig steigenden Beweisanforderungen der Justiz gerecht zu werden, Bürger Nähe und Prävention zu stärken.

Dies alles ist mit dem begrenzt verfügbaren Personal nur dann zu schaffen, wenn auch die Ansprüche der Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden und so die Arbeitsfreude erhöht wird.

Zwar haben wir die zusätzlichen Einstellungen alle mit Freude zur Kenntnis genommen, doch sie werden im Einzeldienst erst in einigen Jahren der Überalterung entgegenwirken. **Die Versäumnisse der Vergangenheit haben wir alle in den nächsten Jahren auszubaden, die sogenannte Talsohle müssen wir alle gemeinsam durchschreiten.**

Die Haushaltskonsolidierung ist unbestritten eine gewaltige und

notwendige Aufgabe, die uns alle angeht. Und ich zolle auch all jenen meinen Respekt, die diese schwere Aufgabe für uns alle und für künftige Generationen politisch lösen müssen.

Dieser Respekt betrifft auch Sie, sehr geehrter Herr Innenminister. Ihr Herz, das unbestreitbar für die Polizei schlägt, ist durch Ihre Loyalitätsverpflichtungen im Kabinett wegen der übergeordneten Ziele wahrscheinlich ab und zu in einem Widerstreit.

Aber die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung durch eine an ihre Organisationsstrukturen angepasste personell und technisch gut ausgestattete Po-

lizei ist nicht minder wichtig. Dass nicht nur Gewerkschaften und Personalvertretung, sondern auch Polizeiführer in einer noch nie dagewesenen Deutlichkeit die besorgniserregende personalstrukturelle Entwicklung in der Polizei öffentlich angesprochen haben, dokumentiert die Bedeutung des Problems. **Wir brauchen leistungsfähige Polizeikreisdienststellen und starke Landespolizeidirektionen.**

Also Hände weg von der Polizei.

Institutionen, die die Grundaufgaben unseres Staates wahrnehmen und sichern sollen, eignen sich eben nicht zur Minderung des Schuldendienstes. ■

Seminar: Schreckgespenst Extremismus – Islam als Gefahr?

20. bis 21.Juni 2008 in Riedlingen, Hotel Brücke

Von der DPolG wurde in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Stuttgart ein allgegenwärtiges und stets aktuelles Thema aufgegriffen und dank der hervorragenden Dozenten interessant dargestellt und anschaulich von allen Seiten beleuchtet.

Am Freitagabend führte Herr Dr. Rudolf van Hüllen, ehem. Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, in das Thema ein, erläuterte Ziele, Motivation und Erscheinungsbilder von Links- und Rechtsextremismus. Zu erkennen war, dass links- und rechtsextrem in vielem – z. B. der Gewaltbereitschaft – vergleichbar ist, aber durchaus nicht gleich und dass in unserer Gesellschaft Rechtsextremismus geächtet, Linksextremismus geachtet wird, d.h. politikfähig ist.

Am Samstagvormittag stand uns Herr Hussein Hamdan, Islam- und Religionswissenschaftler aus Tübingen, mit seinem profunden Wissen zum Thema „Islam als Gefahr? Die Wahrheit hinter den Schlagzeilen“ zur Verfügung. Zunächst gab er eine allgemeine Einführung in den Islam, stellte den Propheten Muhammad vor, die fünf Säulen des Islam, den Koran und die Sunna, um anschließend auf den Djihad und Al-Kaida einzugehen. Interessant zu wissen ist, dass der große Djihad den Kampf gegen die eigene Triebseele meint und der kleine Djihad den militärischen Einsatz. Im Islamismus wird der Begriff für jeden Kampf mit religiöser Motivation benutzt. Zu unterscheiden ist eine Vielzahl von islamistischen Gruppierungen mit eigenständigen Zielen, wovon Al-Kaida als das gefährlichste Terrornetzwerk

weltweit gilt. Schließlich wurde der Islam mit seinen wichtigsten Organisationen in Baden-Württemberg beleuchtet und die Darstellung des Islam in den Medien.

Der Nachmittag galt den Soziokulturellen Aspekten muslimischen Lebens. Frau Nesteren Inci-Bergemann, Soziologin und Migrationsforscherin, gelang es meisterhaft, anhand ihrer eigenen Familie und ihrer Erfahrungen und Erlebnisse als Gastarbeiterkind der ersten Generation das vom Islam geprägte Leben innerhalb der Familie und der Gesellschaft zu schildern.

Zunächst ging sie auf die Bedeutung vom Netzwerk der Familie in den Heimatländern ein, insbesondere auf die vom Koran auferlegte Pflicht zur Eheschließung und zur Familiengründung. Danach schilderte sie die Situation

der ersten Gastarbeiter sowie die Probleme türkischer Ehemänner und Väter ohne den Schutz der Großfamilie in einem christlichen Land mit fremden Wertvorstellungen.

Zwischenzeitlich ist das soziale Netz der Familie auch in Deutschland vorhanden und die Muslime fühlen sich hier als Nation. Der Werteverlust und das als sittenlos angesehene Leben der Deutschen begünstigt diverse islamischen Sekten, wie z. B. die NUR-Sekte, die u.a. bereits eine Vielzahl zugelassener Privatschulen betreibt. Es soll ein moderner europäischer Islam entstehen mit dem Ziel der Ausbreitung und der Übernahme Deutschlands durch Assimilation. Laut Frau Inci-Bergemann kann dieses Ziel in nicht allzu ferner Zukunft erreicht werden, insbesondere durch gebildete Moslems mit deutschem Pass und begünstigt durch die zu geringe Geburtenrate der Deutschen.

In nachdenklicher, wenn nicht gar geschockter Stimmung endete ein hochinteressantes und von Heinz Kosok bestens geleitetes Seminar. ■



> 24. Kegelturnier in Donaueschingen-Aufen

Zum 24. Mal lud der KV-Schwarzwald-Baar zum traditionellen und sportlichen Wettkampf in das Keglerheim in Donaueschingen-Aufen am 10. November 2008.

Insgesamt 11 Mannschaften und 16 Einzelkegler nahmen an der Veranstaltung teil. Als Neuerung wurde in der Veranstaltung der „Paarlauf“ eingeführt, an dem 24 Paare teilnahmen.

Gegen 21.30 Uhr war der sportliche Wettkampf beendet und der neu gewählte Kreisvorsitzende Michael Müller konnte die Siegerehrung und Preisverteilung durchführen.

Beste Mannschaft war die Mannschaft Schwenningen „C1“ unter dem Mannschaftsführer Richard Kohlschmitt, die mit 768 Holz das Siegesergebnis erzielte. Platz zwei erreichte die Mannschaft des Polizeipostens Furtwangen mit 749 Holz gefolgt von Platz 3, Mannschaft Verkehrspolizei mit 737 Holz.

Bester Kegler im Einzelkegeln war der Kollege Wolfgang Philipp von der Verkehrspolizei mit 209 Holz, der somit den Pokal (Wanderpokal) zum 3. Mal in Folge holte und ihn daher jetzt behalten durfte.

Beim Paarlauf siegte die Paarung Kohlschmitt/Bross vom PR SN mit 209 Holz. So ging dann auch in anschließend gemütlicher Runde eine schöne Veranstaltung zu Ende.

(V.l.n.r.): Die Paarlaufsieger Richard Kohlschmitt, Michael Müller, Volker Bross.



> Die Reisegruppe des Landesverbandes BW der DPoG in Berlin...

...erlebt hautnah bedeutende historische und neuzeitliche Orte. Den ausführlichen bildungspolitischen Berlin-Reisebericht können Sie auf unserer homepage unter: www.dpolg-bw.de/aktuelles nachlesen.

Jahrgangstreffen 1961

Ein Blick in Vergangenheit und Zukunft: 22 Ehemalige des Einstellungsjahrgangs Frühjahr 1961 bei der 2. Hundertschaft trafen sich in Göppingen an ihrer ehemaligen Ausbildungsstätte, um alte Eindrücke und Erinnerungen wieder wach werden zu lassen. Hervorragend durch die 2. BPA betreut, erhielten die ehemaligen Kollegen im Rahmen ihres Besuches multimediale Ausblicke in die Struktur und die Aufgaben der BP in den kommenden Jahren. Übereinstimmendes Fazit: die Polizei von heute ist mit der von damals nicht mehr zu vergleichen. (A. Lieb)



(Den Bericht zu dem Jahrgangstreffen 1961 können Sie auf unserer Homepage www.dpolg-bw.de nachlesen.)



Hallenfußballturnier der Deutschen Polizeigewerkschaft

Samstag, 31. Januar 2009
Wintersbuck-Sporthalle in Lörrach

Es spielen Mannschaften der Landes- und Bundes-Polizei sowie des Zolls und der Justiz aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland um den Wanderpokal des Schirmherrn, Ltd. Polizeidirektor Michael Gehri.

Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt, Kollegen, Freunde und Angehörige sind als Zuschauer herzlich willkommen.

Der Turnier-Erlös wird dieses Mal unserem schwer erkrankten Kollegen Roland Mettner gespendet.

DPoG-Kreisverband Lörrach Peter Fallér Baster Str. 16 79618 Rheinfelden 07623/7404-45



> PERSONALNACHRICHTEN

„Wir gratulieren“

... zur Beförderung zum/zur

Polizeiobermeister/in

Andreas Lipinski, Ravensburg
Sindy Wenner, Lörrach
Dennis Elskemper, Lörrach

Polizeihauptmeister/in

Thomas Bummer, Ulm
Uwe Schreiner, Ulm
Tim Fähling, Schwarzwald-Baar-Kreis
Christof Bauer, Ravensburg
Markus Walser, Ravensburg

Polizeihauptmeister/in + Z

Wolfgang Philipp,
Schwarzwald-Baar-Kreis
Joachim Traub, Biberach
Thomas Bien, Lörrach

Polizeikommissar/in

Ariane Kastel, Ravensburg
Marco Hiss, Lörrach
Nadine Vogt, Lörrach
Stefan Setzer, Lörrach
Marianne Schmidt, Lörrach
Martin Lamprecht, Lörrach

Polizeioberkommissar/in

Andreas Fütterer,
Baden-Baden/Rastatt/Bühl

Kriminaloberkommissar/in

Markus Diebold,
Baden-Baden/Rastatt/Bühl

Polizeihauptkommissar/in

Gerald Olma, Ravensburg

Kriminalhauptkommissar/in

Holger Beranek, Ulm

Erster Polizeihauptkommissar/in

Harald Wanner, Ravensburg

Kriminaloberrat

Jürgen Hamm, Ludwigsburg

Regierungsamtfrau

Annette Wirth, BePo Göppingen

... zum 25-jährigen

Dienstjubiläum

Frank Benkeser, Heidelberg
Jürgen Riegler, Heidelberg
Dieter Schmitt, Heidelberg
Ralf Groß, Heidelberg
Jürgen Döringer, Heidelberg
Guido Nötzel, Heidelberg
Klaus Nick, Heidelberg
Thomas Fischer, Lörrach
Marco Hiss, Lörrach
Ralf Moser, Lörrach

... zum 40-jährigen

Dienstjubiläum

Maria Jansen, Heidelberg
Klaus Pähler, Heidelberg

Karl Link, Heidelberg
Peter Besmens, Lörrach

... zum 25-jährigen

Gewerkschaftsjubiläum

Andreas Bingel, Freiburg
Bernd Binninger, Freiburg
Jürgen Binz, Freiburg
Uwe Birnböck, Freiburg
Thomas Braun, Freiburg
Horst Braun, Freiburg
Manfred Dick, Freiburg
Martin Fitterer, Freiburg
Michael Gabriel, Freiburg
Hartmut Ganz, Freiburg
Ingo Gorges, Freiburg
Ralf Groß, Freiburg
Georg Hanzlik, Freiburg
Wolfgang Häring, Freiburg
Gerhard Heck, Freiburg
Dietmar Heiny, Freiburg
Bernd Herrmann, Freiburg
Harald Heß, Freiburg
Michael Himmel, Freiburg
Armin Hiß, Freiburg
Harry Hochuli, Freiburg
Siggi Hog, Freiburg
Thomas Hottek, Freiburg
Charly Hug, Freiburg
Wolfgang Hug, Freiburg
Robert Kempfer, Freiburg
Arno Kiechle, Freiburg
Thilo Kiefer, Freiburg
Thomas Kienle, Freiburg
Dieter Klipfel, Freiburg
Eckhard Knak, Freiburg
Heinz Kummer, Freiburg
Martina Lang, Freiburg
Martin Löffler, Freiburg
Boris Ludwig, Freiburg
Walter Mack, Freiburg
Lothar Maier, Freiburg
Karlsheinz Mangei, Freiburg
Joachim Mauch, Freiburg
Thomas Meyer, Freiburg
Clemens Müller, Freiburg
Erwin Müller, Freiburg
Roland Neininger, Freiburg
Dietmar Neumann, Freiburg
Frank Ohmberger, Freiburg
Benhard Ortlieb, Freiburg
Richard Oßfeld, Freiburg
Heinrich Prinz, Freiburg
Martin Rombach, Freiburg
Roland Rombach, Freiburg
Armin Rötteler, Freiburg
Harald Schaaf, Freiburg
Donatus Schächtele, Freiburg
Klaus Scherer, Freiburg
Hans-Peter Schleif, Freiburg
Helmut Schmidt, Freiburg
Markus Schneider, Freiburg
Günter Schwab, Freiburg
Andreas Schwander, Freiburg
Uwe Schwarz, Freiburg
Wolfgang Steuerenthaler, Freiburg
Riko Tiedemann, Freiburg

Frank Trenkle, Freiburg
Frank Uhlmann, Freiburg
Dietmar Vögele, Freiburg
Klaus Wagner, Freiburg
Adrian Weißhaar, Freiburg
Volker Winter, Freiburg
Roland Zauber, Freiburg
Dieter Zimmer, Freiburg
Wolfgang Widmann, Tuttlingen
Ronald Hiller, Ulm
Günther Kerl, Ulm
Wolfgang Miller, Ulm
Dietmar Moll, Ulm
Uwe Schreiner, Ulm
Ralf Zahn, Ulm
Frank Ziebarth, Ulm
Wolfgang Höher, Ludwigsburg
Evelyn Mayer, Ludwigsburg
Michael Peschke, Ludwigsburg
Erhard Wertsch, Ludwigsburg
Olaf Kulka, Ludwigsburg
Inge Gerst, Ludwigsburg
Klaus Killian, Ludwigsburg
Thomas König, Ludwigsburg
Peter Reichl, Ludwigsburg
Heiner Ziegler, Ludwigsburg
Andreas Wagner, Ludwigsburg
Wolfgang Wilder, Ludwigsburg
Günter Blattner, Karlsruhe LPD
Oskar Combe, Karlsruhe LPD
Regina Pfaus, Karlsruhe LPD
Karl Burger, Ostalbkreis
Jürgen Dröscher, Ostalbkreis
Michael Engelmann, Ostalbkreis
Ulrich Hudelmaier, Ostalbkreis
Bernhard Lack, Ostalbkreis
Manfred Ripberger, Ostalbkreis
Andreas Rittig, Ostalbkreis
Michael Schlipf, Ostalbkreis
Beate Schrieb, Ostalbkreis
Helga Wurst, Ostalbkreis
Roland Bopp, Ehingen
Thomas Lange, Ehingen
Roland Menk, Ehingen
Günther Schröde, Ehingen

Klaus Lorenz, Karlsruhe LPD
Karl-Heinrich Abele, Ostalbkreis
Anton Dambacher, Ostalbkreis
Bruno Ehm, Ostalbkreis
Max Schachtschneider,
Ostalbkreis
Thomas Stier, Ostalbkreis
Gerhard Grimm, Ehingen

... zum 45-jährigen

Gewerkschaftsjubiläum

Fritz Kohser, Freiburg
Kuno Martin, Freiburg
Helmut Reiner, Freiburg
Otto Schoch, Freiburg
Horst Simmes, Freiburg

... zum 50-jährigen

Gewerkschaftsjubiläum

Rainer Bacher, Freiburg

... zum 55-jährigen

Gewerkschaftsjubiläum

Hubert Weltin, Freiburg

... zur Versetzung in den

Ruhestand

Klaus-Jürgen Bosch, Stuttgart LKA
Jürgen König, Karlsruhe
Anton Gramlich, Karlsruhe
Norbert Hellmuth, Stuttgart
APrev.
Werner Hering, Freudenstadt
Gerhard Seeberger, Böblingen
Roland Selgrad, Heidenheim
Kurt Vogler, Ulm – Feuerwehr
Karlsheinz Friedrich, Ludwigsburg
Karl Link, Heidelberg
Herbert Guldenschuh,
BePo Biberach

... zur Eheschließung

Eva Ruf, geb. Steiner und
Florian Ruf, BePo Lahr



Wir trauern um

Hermann Bechthold
Baden-Baden/Rastatt/Bühl

Gerhard Roos
Main-Tauber-Kreis

Wolfgang Böhm
Heidelberg



200 Personalräte bei landesweiter Personalrätekonferenz in Wernau

Fortbildung und Meinungsaustausch im Mittelpunkt gewerkschaftspolitischer Unterstützung der Personalratsarbeit

► Der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg

Thomas Ulmer und Karen Seiter vom Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Baden-Württemberg

(VelsPol) informierten über ihren Verband, Hilfs- und Unterstützungs möglichkeiten, Probleme gleichgeschlechtlich veranlagter Kolleginnen und Kollegen sowie gesamtpolitische Betrachtungen des Verbandes.

Vortrag und Respekt für das Engagement des Kollegen und des Verbandes fanden großen Beifall der Personalvertreter.



► Thomas Ulmer, VelsPol.

Schwule Polizei beim CSD

Homosexuelle Beamte wollen ein Zeichen setzen – Seminar findet in München statt

MÜNCHEN Mit Handschellen zum Christopher-Street-Day? Die werden sie bei der Parade wohl doch zu Hause lassen: Bis Sonntag findet in München das Bundesseminar des Vereins lesbischer und schwuler Polizeibediensteter (Vels-Pol) statt.

„Bayern gehört zu den Problembundesländern. Dabei ist es eigentlich ähnlich wie in an-

deren Bundesländern“, erklärt Thomas Ulmer, Vorstands- und Gründungsmitglied des Verbands. Problematisch sei, dass viele homosexuelle Polizisten in ländlichen Gegenden wohnen: „In Großstädten ist das Leben einfacher. Schwule, die auf dem Land leben, sind vielleicht noch nicht privat geoutet, die gehen dann erst recht nicht mit uns an die Öffentlichkeit.“

Auch deshalb hat sich Vels-Pol in diesem Jahr bewusst für München als Seminar-Ort entschieden. „Wir wollen ein Zeichen setzen. Klein anfangen

und hoffentlich etwas Großes schaffen“, meint VelsPol-Vorstand Maik Exner-Lamnek. 74 Männer und Frauen aus Deutschland haben sich zum Seminar angemeldet, davon zehn aus Bayern.

Auch am Christopher-Street-Day werden die schwulen und lesbischen Beamten vertreten sein: „Wir wollen zum ersten Mal geschlossen und deutlich an die Öffentlichkeit treten“, so Exner-Lamnek. Der Verband hofft vor allem, Kollegen zu finden, die den Aufbau einer bayerischen Landesgruppe unterstützen. csn

VEREINE



v. l. n. r. Maik Exner-Lamnek, Thomas Stichhan, Thomas Ulmer, Marcus Hentschel

MÜNCHEN

SCHWULE POLIZISTEN, LESBISCHE POLIZISTINNEN TREFFEN SICH IN MÜNCHEN

Das 15. Bundesseminar des Verbands lesbischer und schwuler Polizeibediensteter findet in diesem Jahr erstmals in der bayerischen Landeshauptstadt statt. VelsPol Deutschland e.V. will in München einen bayerischen Gruppenverband gründen. Das Sub beherbergt die Tagung, Schirmherr ist Oberbürgermeister Christian Ude.

Sie wollen Präsenz zeigen und beim Christopher Street Day mitmarschieren, der am 12./13. Juli in München stattfindet. Zum 15. Mal trifft sich der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter, VelsPol Deutschland e.V., vom 10. bis 13. Juli zum Bundesseminar – dieses Mal in Bayern.

Wie in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Saarland gibt es auch in Bayern keine eigene Landesgruppe, die die Interessen lesbischer und schwuler PolizistInnen vertritt. Das Land gilt als konservativ, Lesben und Schwulen gegenüber nicht aufgeschlossen, schon gar nicht gegenüber homosexuellen PolizeibeamtInnen. Sich öffentlich zu zeigen, sich zu bekennen, kann unangenehme Folgen haben. „Die Kollegen haben Angst vor Mobbing“, sagt Vorstand Exner-Lamnek. „Auch

die Angst vor einer schlechten Beurteilung führt oft dazu, dass homosexuelle Kolleginnen und Kollegen sich nicht outen.“ Dennoch glaubt VelsPol an den Erfolg des 15. Bundesseminars. Der Verband hat alle Mitglieder der bestehenden Landesgruppen aufgefordert, in der Zeit vom 10. bis 13. Juli in München Flagge zu zeigen. VelsPol will im Schwulen Kommunikations- und Kulturzentrum München eine Landesgruppe VelsPol Bayern ins Leben rufen. Die Themen des 15. Bundesseminars kreisen um die Situation der Lesben und Schwulen in Bayern, homophobe Gewalt in München, HIV-positive PolizistInnen; es geht um Immigration und natürlich darum, ob die TeilnehmerInnen der Veranstaltung am 12. Juli die Reihen der CSD-Politparade schließen wollen.